

Nr. 12/649

Pauschale Sozialhilfe für Mitarbeiter der Werkstatt Bremen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 16. Oktober 1989
(Drucksache 12/653)

Der Antrag ist erledigt durch die Drucksache 12/396 S der Stadtbürgerschaft.

Nr. 12/650

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Konzept des Senats zur Reduzierung und umweltverträglichen Deponierung des anfallenden Hafenschlicks aus den bremischen Häfen
Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 2. Oktober 1989
(Drucksache 12/641)
2. Rekultivierung des Hasenbürener Grodens
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 1989
(Drucksache 12/681)
3. Einrichtung eines Ausschusses zur Novellierung des Landespflegegeldgesetzes
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 16. Oktober 1989
(Drucksache 12/654)

Nr. 12/651

Freie Berufe im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 13. Oktober 1989
(Drucksache 12/650)

Dem Senat wird eine Fristverlängerung für die Beantwortung der Anfrage bis zu den Sitzungen am 7. und 8. Februar 1990 gewährt.

Nr. 12/652

Bericht zur Lage der Polizei

Mitteilung des Senats vom 31. Oktober 1989
(Drucksache 12/675)

Dieser Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt.

Nr. 12/653

Fragestunde

1. Zusätzliche Haushaltsmittel für die Stadt Bremerhaven wegen der erhöhten Zahl an Aus- und Übersiedlern
Anfrage des Abgeordneten Sygusch (GRÜNE) vom 26. Oktober 1989
2. Situation des Unterrichtsfaches Biblische Geschichte/Religionskunde in der Freien Hansestadt Bremen
Anfrage der Abgeordneten Annelene von Schönfeldt, Jäger und Fraktion der FDP vom 27. Oktober 1989
3. Bestellung des Landesdrogenbeauftragten
Anfrage der Abgeordneten Annegret Pautzke, Jäger und Fraktion der FDP vom 27. Oktober 1989
4. Mangelhafte Nutzung des Zentralen Verkehrs-Informations-Systems zur Kriminalitätsbekämpfung
Anfrage der Abgeordneten Borttscheller, Kudella und Fraktion der CDU vom 30. Oktober 1989
5. Inanspruchnahme des Kindergeldzuschlags
Anfrage der Abgeordneten Roswitha Erlenwein, Kudella und Fraktion der CDU vom 30. Oktober 1989
6. Fischzuchtanlage Fischereihafen Bremerhaven
Anfrage des Abgeordneten Altermann (DVU) vom 31. Oktober 1989
7. Inhaltliche Konzeption für die „Tagesinternate“
Anfrage des Abgeordneten Sygusch (GRÜNE) vom 1. November 1989
8. Dienstleistungsabend
Anfrage der Abgeordneten Ziegler, Welke und Fraktion der FDP vom 2. November 1989
9. Deutsche Schrift
Anfrage des Abgeordneten Altermann (DVU) vom 6. November 1989
10. Verläßt die Reederei Sea-Land Bremerhaven?
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Tiefenbach und Fraktion DIE GRÜNEN vom 7. November 1989
11. Tropenholz für Bootsanlieger
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Tiefenbach und Fraktion DIE GRÜNEN vom 7. November 1989
12. Anpassung des bremischen Beamtenrechts an das bundesgesetzliche Rahmenrecht
Anfrage der Abgeordneten Tiefenbach, Dr. Carola Schumann und Fraktion DIE GRÜNEN vom 8. November 1989
13. Bauaktivitäten im Bereich der Hochschulsonderbauflächen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Schrörs, Kudella und Fraktion der CDU vom 9. November 1989
14. Spezialhäuser für Aus- und Übersiedler
Anfrage des Abgeordneten Jäger und Fraktion der FDP vom 9. November 1989

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

15. Regelsätze in der Sozialhilfe

Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (GRÜNE) vom 9. November 1989

16. Auswertung der Begleitscheine nach AbfG im Lande Bremen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (GRÜNE) vom 9. November 1989

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 12/654

Aktuelle Stunde

Folgende für die Aktuelle Stunde eingebrachte Themen werden zurückgezogen:

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Pawlik, Kudella und Fraktion der CDU: „Drogenmißstände in der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen“
2. Antrag des Abgeordneten Kudella und Fraktion der CDU: „Situation deutscher Flüchtlinge in Bremen“
3. Antrag des Abgeordneten Dittbrenner und Fraktion der SPD: „Wohnraumversorgung bzw. vorübergehende Unterbringungsmöglichkeiten im Lande Bremen, insbesondere für Aus- und Übersiedler sowie für Asylanten“.

Nr. 12/655

Deutschlandpolitik

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 13. November 1989
(Drucksache 12/685)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 12/656

Ereignisse in der DDR

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 14. November 1989
(Drucksache 12/688)

D a z u

Ereignisse in der DDR

Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 15. November 1989
(Drucksache 12/689)

Deutschlandpolitik

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD
vom 15. November 1989
(Drucksache 12/690)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Nr. I des Entschließungsantrages Drucksache 12/688 wie folgt zu:

„Die Bürgerschaft (Landtag) begleitet die jüngsten Ereignisse in der DDR mit großer Anteilnahme. Der Ruf nach Freiheit und das bewundernswerte Engagement der Bürger der DDR für eine grundlegende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft haben eine politische Entwicklung eingeleitet, die noch vor wenigen Wochen undenkbar erschien.

Dieser Prozeß der Demokratisierung und Umgestaltung in der DDR darf von außen nicht gestört werden. Unerbetene Ratschläge oder gar politische Bevormundung haben die Deutschen in der DDR nicht nötig. Wir wollen nicht, daß die eine politische Bevormundung durch die SED durch eine andere ersetzt wird. Die Deutschen in der DDR müssen ihre politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung selbst bestimmen können.

Der durch das Grundgesetz erteilte Auftrag, die ‚nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden und der Welt zu dienen‘, erfordert heute, die Demokratiebewegung in der DDR zu unterstützen und gleichzeitig die europäische Einigung weiter aktiv zu verfolgen und mitzugestalten.

Landsleute aus der DDR, die ihre Freiheit und Zukunft in der Bundesrepublik suchen, sind uns als gleichberechtigte Bundesbürger herzlich willkommen. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert deshalb an alle Bremerinnen und Bremer, Solidarität zu zeigen und die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger bei der Eingliederung aktiv zu unterstützen.“

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Nr. II des Entschließungsantrages Drucksache 12/688 zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Soziales.

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die selbstbewußte und friedliche Volksbewegung in der DDR für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Die Bürgerschaft (Landtag) verfolgt mit Respekt und Sympathie den Aufbruch in der DDR und unterstützt die Menschen sowie politische und gesellschaftliche Gruppierungen, die sich für Selbstbestimmung und Demokratie einsetzen.
2. Die jetzt begonnene Entwicklung einer grundlegenden Umgestaltung in der DDR darf nicht von außen gestört werden. Die Bürgerinnen und Bürger in der DDR müssen ihre politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung selbst bestimmen. An diesen Prinzipien muß sich jede Unterstützung aus der Bundesrepublik Deutschland ausrichten.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) heißt die Menschen aus der DDR willkommen. Die große Zahl der Aus- und Übersiedler sowie der Asylbewerber verschärft die ohnehin angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt. Deshalb müssen unverzüglich Wohnungen gebaut und gleichzeitig vorübergehende, menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden.

(Drucksache 12/689)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag Drucksache 12/690 wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, daß der von den Bürgerinnen und Bürgern erzwungene Prozeß der Demokratisierung in der DDR zunehmend an Kraft gewinnt. Respekt und Sympathie bringen wir den Menschen entgegen, die öffentlich ihre Bürgerrechte einfordern sowie in Kirchen und neuen gesellschaftlichen und politischen Gruppen und Parteien unter großen persönlichen Risiken den Reformprozeß angestoßen haben und vorantreiben. Mit ihren grundsätzlichen politischen Forderungen stimmen wir überein; sie entsprechen unserem Verständnis von Demokratie. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß diese neuen Kräfte nicht behindert, sondern offiziell zugelassen werden. Meinungs- und Informationsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit müssen auch in der DDR anerkannt werden. Die SED muß auf ihren Führungsanspruch verzichten. Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt überein mit der Forderung nach freien und geheimen Wahlen.

Die anhaltende Ausreisewelle wird nur beendet werden, wenn Freiheit in der DDR und grundlegende wirtschaftliche Reformen umfassend verwirklicht werden. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der Bundesregierung, daß unter diesen Voraussetzungen die Reisefreiheit für DDR-Bürger und ökonomische Reformen in der DDR nach Kräften unterstützt werden. Die Chancen,

daß Bürger der DDR eine Perspektive zum Bleiben in der DDR gewinnen, darf nicht an vordergründigen finanziellen Argumenten scheitern. Wer dabei heute seine Hilfe versagt, versagt moralisch vor der wichtigsten Aufgabe deutscher Politik.

2. Freiheit und Selbstbestimmungsrecht sind der Kern der Deutschlandpolitik. Durch die Demokratisierung werden sie von den Menschen in der DDR selbst verwirklicht.

Von uns kann nicht vorweggenommen werden, für welche Formen des Zusammenlebens sich die Deutschen in der DDR bei der Wahrnehmung ihres Selbstbestimmungsrechts entscheiden werden. Wir werden ihr Votum respektieren. Es bleibt unser Ziel, die Einheit der Deutschen gemeinsam mit der Einheit Europas zu vollenden. In jedem Fall müssen die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten in einer Weise ausgestaltet werden, wie es die Zugehörigkeit zu einer Nation und die gemeinsame Geschichte erfordert. Beide deutsche Staaten dürfen das Zusammenwachsen Europas nicht behindern, sie müssen es fördern. Wir wollen gute Nachbarn sein in dem sich bildenden europäischen Haus. Niemand in Europa soll Deutschland je wieder als Bedrohung empfinden.

3. Die konkreten Aufgaben der beiden deutschen Staaten ergeben sich aus dem Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung, für die sie gemeinsam Verantwortung tragen. Von besonderer Bedeutung hierfür sind die Schlußakte von Helsinki und die weiteren KSZE-Dokumente. Zu diesen Aufgaben der beiden deutschen Staaten zählen u. a.:

- Die Einhaltung der KSZE-Schlußerklärung von Wien einschließlich der völligen grenzüberschreitenden Informations- und Meinungsfreiheit;
- die völlige Liberalisierung des Reiseverkehrs einschließlich der freien Aus- und Wiedereinreise;
- Regelungen, die es DDR-Bürgern bei Besuchen in der Bundesrepublik ermöglichen, über ausreichende finanzielle Mittel zu verfügen;
- die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens und der Medien;
- der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die den ökonomischen Reformen in der DDR dienen soll;
- weitergehende Vereinbarung über eine ökologische Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich des Umweltschutzes, der Verkehrs- und Energiepolitik;
- die Vereinbarungen mit der DDR über eine Zusammenarbeit bei der Erhaltung historischer Bausubstanz in beiden deutschen Staaten.

Auf allen diesen Gebieten sind praktische Regelungen erforderlich.

Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, daß zu gegebener Zeit diese Vorschläge für eine neue Qualität der deutsch-deutschen Beziehungen in Verhandlungen mit der DDR über ein Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag eingebracht werden. Zudem muß es jetzt zu einem umfassenden deutsch-deutschen Dialog kommen.

An ihm müssen sich die Kirchen, die neuen gesellschaftlichen Kräfte aus beiden deutschen Staaten beteiligen. Gespräche und Verhandlungen mit der Regierung der DDR liegen weiterhin im Interesse aller Deutschen.

Beide deutschen Staaten können so mit ihrer bilateralen Zusammenarbeit Zeichen für das Zusammenwachsen Europas setzen. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß darauf hingewirkt wird, daß beide deutschen Staaten für eine gesamteuropäische Umweltbehörde und eine Sicherheitsbehörde aller KSZE-Staaten eintreten.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß durch den Umbruch in Osteuropa die Zeit reif für gemeinsame Sicherheit und rasche weitreichende Abrüstung ist. Nachdem sich die militärische Bedrohung für alle sichtbar drastisch vermindert hat, müssen die Rüstungsausgaben gesenkt werden.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) heißt die Menschen aus der DDR willkommen. Die Eingliederung von Übersiedlern und ihre Gleichbehandlung mit anderen Zuwanderern, die darauf einen verfassungsrechtlichen oder durch internationale Verträge gesicherten Anspruch haben, stellt uns vor neue Herausforderungen. Sie sind nur durch gemeinsame Anstrengungen zu bestehen.

Die Bürgerschaft (Landtag) dankt allen beteiligten Bürgern und Organisationen, insbesondere den Wohlfahrtsorganisationen, für ihre solidarischen Leistungen bei der Unterbringung und Versorgung der Übersiedler aus der DDR.

Nr. 12/657

Fonds für Besucher aus Rostock

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 15. November 1989
(Drucksache 12/691)

Die Bürgerschaft bittet den Vorstand der Bürgerschaft, einen Spendenfonds einzurichten, aus dem im Rahmen der Partnerschaft mit Rostock im Einzelfall Hilfen zur Finanzierung von Reise und Aufenthalt in Bremen gewährt werden können, und hierfür Spenden und weitere Mittel einzuwerben.

Nr. 12/658

Einsetzung eines nichtständigen Parlamentsausschusses „Energiepolitik“

Antrag der Fraktion der SPD
vom 8. November 1989
(Drucksache 12/680)

Es wird ein nichtständiger Parlamentsausschuß „Energiepolitik“ eingesetzt. Der Ausschuß besteht aus elf Mitgliedern und elf stellvertretenden Mitgliedern.

Der Ausschuß erhält den Auftrag, sich mit den Empfehlungen des Bremer Energiebeirats zu befassen, Umsetzungsvorschläge zu unterbreiten und unter anderem einen Gesetzentwurf für ein Bremer Energiegesetz zu erarbeiten.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die nachfolgend aufgeführten Abgeordneten in den nichtständigen Ausschuß:

Mitglied	Stellvertreter
Anni Ahrens (GRÜNE)	Paul-Hermann Tiefenbach (GRÜNE)
Ingrid Busboom (SPD)	Werner Krone (SPD)
Ilse Janz (SPD)	Erik Petersen (SPD)
Wolfgang Klatt (SPD)	Hermann Stichweh (SPD)
Peter Kudella (CDU)	Reinhard Metz (CDU)
Günter Niederbremer (CDU)	Werner Fischer (CDU)
Carl Heinz Schmurr (SPD)	Werner Hoyer (SPD)
Dr. Wolfgang Schrörs (CDU)	J. Henry Wilhelms (CDU)
Wilfried Töpfer (SPD)	Dieter Tiedemann (SPD)
Christine Wischer (SPD)	Detlef Griesche (SPD)
Heinrich Welke (FDP)	Klaus Ziegler (FDP)

Nr. 12/659

Gesetz zur Förderung der rationellen umwelt- und sozialverträglichen Energienutzung im Lande Bremen (Bremisches Energiegesetz)

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 26. Oktober 1989
(Drucksache 12/668)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab.

Nr. 12/660

Bericht des Bremer Energiebeirates

Mitteilung des Senats vom 7. November 1989
(Drucksache 12/679)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats zur Beratung und Berichterstattung an den nichtständigen Parlamentsausschuß „Energiepolitik“.

Nr. 12/661

Drittes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 26. September 1989
(Drucksache 12/636)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 12/662

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrer an öffentlichen Schulen im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 3. Oktober 1989
(Drucksache 12/643)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 12/663

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Veranstaltung von Fernsehen über Satellit (Satellitenfernseh-Staatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 3. Oktober 1989
(Drucksache 12/644)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 12/664

Auflagen im Aufgabenfeld II in der gymnasialen Oberstufe der Freien Hansestadt Bremen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 6. Oktober 1989
(Drucksache 12/645)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

